
Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at Web: <http://proSV.akis.at>

Neue Regierung:

**Belastungen für die Bevölkerung,
Profitsicherung für die Wirtschaft**



**Protest und Widerstand
sind notwendig!**



Industrielobbyismus

Die Wirtschaft ist zufrieden. Der erzkonservative Gewerbeverein freut sich gleich, dass im neuen Nationalrat so viele Unternehmer und Freiberufler wie noch nie sitzen. Echte Arbeiter, also zumindest solche, die einmal solche waren, sind im Parlament ja wirklich rar. Und die Industriellenvereinigung kann sich freuen, dass ihre Hetzkampagne - „Österreich braucht Reformen. Geht nicht – geht doch!“ bei den Herren Faymann und Spindelegger auf offene Ohren traf.

Belastungsprogramm für die Bevölkerung

Nach der ersten Durchsicht des Regierungsprogrammes „Erfolgreich. Österreich. Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung für die Jahre 2013 bis 2018“ fällt auf, dass all das, was die arbeitenden Menschen belastet ziemlich genau beziffert und beschrieben ist, so die Anhebung von Massensteuern, die Verschlechterung (Flexibilisierung) bei Arbeitszeiten, die Anhebung des Pensionsantrittsalters oder geplante Pensionskürzungen sowie die Förderungen und Einsparungen für Wirtschaft und Landwirtschaft. Ebenso sollen in der kommenden Regierungsperiode Beteiligungen des Bundes (ÖIAG) auf die Sperrminorität (25% + 1 Aktie) reduziert, sprich privatisiert werden. Das meiste, was für die arbeitenden Menschen positiv sein soll, wird in Absichtserklärungen formuliert. Bei den Pensionen gibt

steigt das reale Pensionsantrittsalter bis Ende 2015 nicht auf 60 Jahre, ist geplant den Aufwertungsfaktor beim Pensionskonto (für alle nach 1955 Geborene) zu senken.

Folge: Pensionskürzungen für Jüngere

Wer über das gesetzliche Pensionsantrittsalter hinaus arbeitet, soll angeblich bis zu 10% pro Jahr mehr an Pension bekommen. Dass davon höchstwahrscheinlich Selbständige mehr profitieren, als Arbeiter und Angestellte, weil es ja weniger als mehr Arbeitsplätze gibt (siehe Artikel über die Entwicklung der Arbeitslosen und der offenen Stellen) sagt der Minister nicht dazu.

Staat spart nur bei uns

Als Vorwand für das Sparpaket werden die ständig steigenden Staatsausgaben, die wir uns alle nicht mehr leisten könnten, herangezogen. Doch im Verhältnis zur gestiegenen Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt, BIP) ist das keineswegs der Fall. Die angeblich nicht mehr leistbaren Pensionszuschüsse – die in Wirklichkeit für die Unternehmer (SVA) wesentlich höher sind als für die Arbeiter- und Angestellten (ASVG) – sind vor dem Hintergrund der Wirtschaftsentwicklung laut Statistik Austria im Vergleich zu vor 20 Jahren nur mäßig gestiegen (von 2,2 auf knapp 2,4% des BIP), seit sechs Jahren sogar wieder rückläufig – auf 1,6% des BIP. Auch die Gesundheitsausgaben sind

1995 rückläufig wie auch die Sozialausgaben als Ganzes in diesem Zeitraum von 21,9 auf 21,1%.

Ganz anders schaut es bei der Wirtschaft aus. Laut Statistik Austria sind die Dividendenauszahlungen bzw. Gewinnentnahmen der Unternehmen (Aktiengesellschaften, GesmbHs ...) von 9,7 Mrd. Euro im Jahr 1995 auf mehr als 31 Mrd. Euro im Vorjahr explodiert. Gemessen am BIP bedeutet das fast eine Verdoppelung von 5,5 auf 10,1% (siehe Grafik).

Die Frage ist nicht, können wir uns ein „Budgetloch“, das es in Wirklichkeit so gar nicht gibt (siehe Grafik), leisten, sondern: können und wollen wir uns weiter die negativen Folgen der Profitmaximierung auf Teufel komm heraus und um jeden Preis auf Kosten der Allgemeinheit leisten und aushalten?

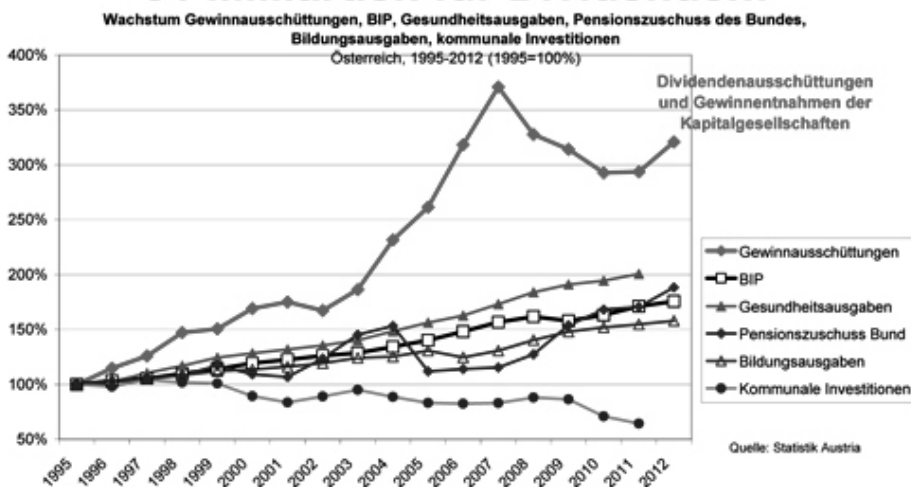
Ihr Reichtum ist unsere Armut!

Die Unternehmerrgewinne sind die Opfer der arbeitenden Menschen. Dagegen hilft nicht verhandeln, sondern nur handeln. Sozialpartnerschaft wird von der Unternehmenseite nur im Mund geführt, um die Gewerkschaften am Schmach zu halten und so lange es geht in Salamtaktik erkämpfte soziale Rechte abzubauen. Damit schwächen sie die Widerstandskraft der arbeitenden Menschen und der Gewerkschaft, weil übrig bleibt, dass man halt nachgeben muss, um nicht alles zu verlieren. Doch genau dadurch verliert man letztlich alles. Und so manche Unternehmer und politische Gruppierungen, von ÖVP über Strache und Neos bis zu Stronach, wollen lieber heute als morgen Gewerkschaften und AK abschaffen. Weiteres Nachgeben macht die Unternehmerwillkür nur noch frecher.

Widerstand ist nötig

Selbständiger und gemeinsamer Widerstand ist daher der einzige Weg. Echter Widerstand muss von den Gewerkschaften organisiert werden, sonst werden sie über kurz oder lang weder von der Unternehmenseite, noch von ihren Mitgliedern mehr ernst genommen. Die Folge wären dann Austritte oder gar die direkte Stärkung der Rechten und Faschisten mit noch viel fataleren Folgen für Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen.

31 Milliarden für Dividenden!



Sozialminister Hundstorfer zu, dass der Pensionsantritt vor 65/60 Jahren (Männer/Frauen) Kürzungen von bis zu 30% bringen kann. Zu dem

gemessen am BIP nur um 1% gestiegen (siehe Buch: „Gesundheit für alle“, 2013).

Auch die Bildungsausgaben sind seit

Es ist genug Geld da, es ist „nur“ falsch verteilt

Wer die Staatsfinanzen wirklich sanieren will, muss den Hebel da ansetzen, wo es wirklich etwas bringt: Fünf mal mehr Vermögen als Schulden gibt es in Österreich laut AK.

Fast die Hälfte (45%) davon liegt in den Händen von nur 5% der Superreichen. Die Arbeitseinkommen dagegen machen nur etwas mehr als die Hälfte der Staatsschulden aus. Doch das Gegenteil geschah und geschieht:

In den 90iger Jahren wurden die meisten Vermögenssteuern in Österreich abgeschafft, noch unter SP-Finanzminister Lacina. Die Erbschafts- und Schenkungssteuer schaffte Finanzminister Molterer ab. Zur Reduktion der Unternehmenssteuer KöSt von 34% auf 25% kam es unter Grassler.

Eine Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer, eine gerechte Besteuerung der Privatstiftungen (25% der Erträge), eine Einführung einer Vermögenszuwachsbesteuerung und eine Vermögenssteuer auf große Privatvermögen (ab 500.000 Euro) würde Österreich z.B. an die 5 Milliarden Euro pro Jahr mehr Steuereinnahmen bringen. Die Umsetzung z.B. der Bildungsreform 2009 würde ca. 150 Millionen, 5.000 Junglehrer ca. 230 Millionen kosten. Die Anhebung der Arbeitslosengeldes von derzeit 55% des letzten Nettogehaltes auf 75% würde 1 Milliarde Euro kosten. (S. Wall-Strasser, ÖGB – Bereichsleiter für Bildung u. Zukunftsfragen Oberösterreich.) Das wäre der Beginn einer gewissen Umverteilung von oben nach unten.

Wertschöpfung als Besteuerungsgrundlage

Seit mittlerweile 30 Jahren wird in Österreich eine Wertschöpfungsbemessung diskutiert und erfolgreich von der Industrie verhindert. Doch auf lange Sicht führt daran kein Weg vorbei.

Durch Rationalisierungen, Teilzeitjobs, Kürzungen von Löhnen und Gehältern, Arbeitslosigkeit sinken die Einkommen und damit die Einnahmen der sozialen Kassen. Eine andere Grundlage der Besteuerung würde sich lohnen. Nach einer Studie der Wirtschaftsuniversität Wien gäbe es ein geschätztes Potenzial für eine Wertschöpfungsgrundlage von 173 bis 198 Milliarden Euro. Allein eine Aufhebung der Höchstbeitragsgrundlage brächte über eine Mrd. € im Jahr! (Quelle: Zechmeister, I.; Meichenitsch, J. (2004): Analyse und Empfehlungen zur zukünftigen Finanzierbarkeit des Gesundheitswesens, WU-Wien).

Warum aber wird dieser Weg nicht beschritten? Weil nicht sein darf, was sein kann: Es gäbe dann kein Defizit und keinen Grund mehr für Privatanbieter, sich als Ausweg aus dem angeblich maroden Gesundheits- oder Pensionssystem anpreisen zu können.

Es wäre ganz einfach: Umverteilung von oben nach unten!

Beispiel: Die offiziellen Finanztransaktionen in Europa 2011 beliefen sich auf ca. 430.000 Mrd. Euro. Eine geplante Finanztransaktionssteu-

er von 0,05% würde bei Erfassung aller Transaktionen in Europa pro Jahr 215,9 Milliarden Euro bringen! (Wifo Stephan Schulmeister – neue Studie).

Das heißt z.B. bei einer Steuer von 1% wären das 4.310,8 Mrd. Euro, bei 3% wären das ca. 12.900 Milliarden Euro. Davon könnten sämtliche Schulden der EU-Staaten sofort gedeckt werden. (Die Masse der Bevölkerung zahlt 30% und mehr Steuern!) Und die Milliardäre hätten noch immer 97 Mal 4.300 Milliarden Euro, das sind ca. 417.000 Milliarden!!! Und das sind ja nur die in Europa im Jahr offiziell erfassten Finanztransaktionen, die nicht erfassten Finanzgeschäfte machen laut Experten eine noch höhere Summe aus. Die Regierenden wissen das alles und sie könnten per Gesetz jegliche Besteuerung des Kapitals beschließen. **Aber das ist alles Phantasie und Spekulation, denn sie tun es nicht. Sie arbeiten für die Machthaber, für das Kapital und gegen die Bevölkerung!**

Millionärsparadies Österreich.

Österreich hat pro Kopf schon die fünfmeisten Millionäre auf der Welt. Die 73.900 Millionäre (nur 0,88% der Bevölkerung) haben 2010 ihr Vermögen um 9,3% auf 2.849 Milliarden vergrößert. Diese Handvoll Millionäre besitzen ein Drittel (33,1%) des gesamten privaten Finanzvermögens unseres Landes.

Arbeitslosigkeit: Hallo ÖGB!

Per Ende November 2013 waren in Österreich 381.582 Menschen arbeitslos.

Das sind um fast 11% mehr als vor einem Jahr und um rund zwei Drittel(!) mehr als noch vor fünf Jahren (2008: 225.590). Gleichzeitig ging die Zahl der offenen Stellen um fast 3% weiter zurück auf 24.739. Das heißt, nur jeder 15. Arbeitssuchende könnte überhaupt eine Arbeit finden – soviel zu Herrn Strache und Co., die ja meinen, jeder der nur wolle würde Arbeit finden. Und was kann man dagegen tun? Noch mehr arbeiten, noch mehr Lohndrückerei? Nein – da gab es doch einmal die Gewerkschaftsforderung von Arbeitszeitverkürzung! Hallo ÖGB, erinnert sich dort noch jemand daran? Ist auch noch Beschlusslage! Statt der kalten Arbeitszeitverkürzung mit katastrophalen Einkommenskürzungen – sprich Arbeitslosigkeit und Arbeitslosengeld – aktive und radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Die Wirtschaft würde es vertragen (siehe Artikel über die Dividendengewinne an anderer Stelle), die arbeitenden Menschen es absolut brauchen!

Vorbereitung auf neue Kriege

In einem Artikel der deutschen Zeitung „Die Zeit“ mit dem Titel „Wir tun doch nix“ hat der Redakteur Josef Bittner, der stellvertretende Chefredakteur Ulrich Bernd und noch drei andere Autoren den deutschen Pazifismus kritisiert.

Die Autoren schreiben, dass Deutschland, „Europas unübertriffene Supermacht, größte Volkswirtschaft und mächtigste politische Kraft“ durch den „zu tief verankerten Pazifismus“ gehindert wird, „eine militärische Intervention in Erwägung zu ziehen“. Das sei eine „bequeme und selbstgerechte außenpolitische Haltung, die die Deutschen 70 Jahre lang kultiviert haben“, die auch dazu geführt habe, dass sich „Deutschland Kriegseinsätzen wie in Libyen, Mali und Syrien verweigere“. In Deutschland hätten die Lehren aus dem II. Weltkrieg u.a. „zu einer Weltanschauung geführt, in der Krieg niemals eine Lösung sein kann.“

Gut so, meinen wir. Der Journalist Bittner hingegen schreibt, das sei falsch. Er preist u.a. Joschka Fischer (ein Grüner!!), weil er „Deutschland dazu gebracht habe, Serbien zu bombardieren und Truppen nach Afghanistan zu schicken“. Die „Zeit“-Journalisten und ihr Herausgeber sind in Deutschland nicht die einzigen Journalisten, die ein militärisches Engagement fordern, das „der Bedeutung unseres Landes“ als „viertgrößte Wirtschaftsmacht der Welt“ (Gauck, deutscher Bundespräsident und ehemaliger Pfarrer (!) in der DDR) entspricht. Das ist ein ständiges Thema deutscher Medien, von der konservativen „Welt“ über die „Zeit“ und die „Süddeutsche“ bis zur grünen „taz“.

Die „Zeit“ spielt bei dieser Kriegshetze eine führende Rolle. So beklagen sich die Autoren sogar, dass nach dem deutschen Afghanistan-Einsatz vor zehn Jahren, kein weiterer Bundeswehreininsatz mehr beschlossen wurde! „Seit zehn Jahren wechseln die Schauplätze, variieren die Begründungen, steht das Ergebnis immer schon vorher fest: Keine

deutschen Soldaten, wo getötet oder gestorben werden könnte.“ In einem Land, das sich so verhalte, lautet die Bilanz, „möchte man nicht leben“. („Die Zeit, 21. März 2013 - Wir tun doch nix“)

Kriegshetze

Welche unglaubliche Kriegshetze! Das hängt mit den Plänen der Herrschenden in Deutschland zusammen, vor allem im Rahmen der imperialen EU-Strategie, ihre wirtschaftlich/politischen Interessen auch militärisch durchzusetzen. Die EU-Staaten, allen voran die Großmächte Deutschland und Frankreich betreiben, wie bekannt, seit zehn Jahren den Aufbau einer offensiven EU-Armee, Marine und Luftwaffe, um überall auf der Welt Krieg führen zu können. Kerntrope dieser Armee sind die sog. „battle groups“ = EU-Kampftruppen. Sie sollen mit den USA bzw. NATO und in Konkurrenz zur USA in den Verteilungskämpfen um noch mehr Profite mitmischen! Bei diesen neuen offensiven Kampftruppen geht es also keineswegs wie bisher um sog. „friedenserhaltende Missionen“ im Auftrag der UNO, bei denen verhindert werden soll, dass zwei kriegsführende Parteien einander weiter bekriegen. Es geht nun um sog. „friedenschaffende Maßnahmen“, d.h. um Krieg zu führen im Interesse einer Partei, in Wahrheit aber im Dienste der großen Konzerne. All dies unter dem Vorwand für Menschenrechte, Demokratie und gegen Terrorismus einzutreten, sowie es die USA im Irak und in Afghanistan vorexerziert haben.

Die deutsche Kanzlerin Merkel sagte dazu schon vor langem offen: „Die zentrale außenpolitische Zielsetzung lautet, Politik und Handeln anderer Nationen so zu beeinflussen, dass damit den Interessen und Werten der eigenen Nation gedient ist. Die zur Verfügung stehenden Mittel reichen von freundlichen Worten bis zu

Marschflugkörpern.“ (Rede auf der 40. Münchner Sicherheitskonferenz, 7.2.2004)

Die Profitinteressen der europäischen Rüstungsindustrien gehen mit diesen Plänen Hand in Hand bzw. befördern sie. Die Umsätze der zehn größten europäischen Rüstungskonzerne boomen. So sind z.B. die Umsatzerlöse der Branche von 58 Mrd. Euro im Jahr 2001 um 57,7 Prozent auf 91 Mrd. Euro 2011 gestiegen. Gleichzeitig braucht es in der EU Konzentration zu noch größeren Konzernen, um am globalen Markt noch konkurrenzfähiger zu werden. Stefan Zoller, ehemals Chef der EADS-Rüstungstochter Cassidian, schreibt dazu: „Die europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie bilden den entscheidenden Faktor bei der Positionierung Europas als Akteur in der Weltpolitik.“

Und das neutrale Österreich?

Entgegen unserer Neutralität, entgegen dem Ergebnis der Volksbefragung vom Jänner 2013 (60% stimmten gegen ein Berufsheer) macht Österreichs Regierung weiter bei den EU-Militärplänen mit! Dabei kommt dem Jagdkommando nach den Plänen der Regierung, von Minister Klug exekutiert, die Rolle des „Berufsheeres“ im Bundesheer zu.

Zu diesem Zweck will z.B. das Verteidigungsministerium in den nächsten Jahren Drohnen um 16 Millionen Euro anschaffen. Schon 2011 hat der Ministerrat (SPÖ/ÖVP) die neue „Sicherheitsdoktrin“ beschlossen! Dort heißt es u.a., dass sich „Österreich an der Sicherheitspolitik der EU in allen ihren Dimensionen beteiligen“ wird. Weiters lautet die Doktrin: „Verpflichtung zur dauerhaften Aufrüstung“, „Militärische Beistandsverpflichtung bei Militäreinsätzen nach außen wie nach innen“, „Teilnahme an den EUbattle-groups (EU-Kampftruppen)“, „Bildung eines militärischen Kerneuropas“ der

besonders aufrüstungs- willigen Staaten. Anfang Juli 2013 hat das Parla- ment diese Sicherheits- doktrin ratifiziert.

All dies ist ein Bruch der Neutralität, ein Bruch unserer Verfassung, den die Herrschenden bege-

hen! Sie wollen uns als willfährigen Handlanger für die Großmachtpläne der EU, unter Führung Deutschlands, als aktive Teilnehmer an deren Seite in neue Kampf- und Kriegsgebiete schicken. Das gilt es zu verhindern!

Gehirnwäsche

Pensionen, Staatsausgaben – nicht mehr leistbar? Das sollen uns von der Industrie bezahlte und sich als „unabhängig“ propagierte Experten via „Forschung“ und Medien einreden. Was ist und was treiben „Agenda Austria“ oder „Eco Austria“?

Von der Gründung einer österreichischen neoliberalen Denkfabrik, „Agenda Austria“, war zu lesen und dass deren Finanzierung durch Firmen und Stiftungen auf Jahre hinaus gesichert sei und dass diese Denkfabrik durch eben diese nichtstaatliche Finanzierung unabhängig sei. Laut GPA wurde „Agenda Austria“ vom Ex-Banker und Stiftungsexperten Christoph Kraus initiiert, in dessen Stiftungsrat die Schweizer Wirtschaftselite sitzt. Aber Franz Schellhorn, der Leiter der Sache sagt: Wir sind keine ideologische Veranstaltung, sondern marktwirtschaftlich orientiert. Und wir arbeiten ergebnisoffen. Aha! Marktwirtschaftlich orientiert und ergebnisoffen! Wie geht das? Ergebnisoffen kann sich in dem Fall doch wohl nur auf die Marktwirtschaft beziehen. Schellhorn beklagt, dass Österreich besser dastehen könne und mit einem Seitenhieb auf die öffentliche Hand meint er, dass doch nicht so viel ausgegeben werden könne, wie eingenommen würde. Der Staat habe noch nie soviel kassiert und es reiche trotzdem nicht. Die Menschen sollten mehr Freiraum haben, um durch eigene Arbeit wieder zu einem bescheidenen Vermögen zu kommen. Welchen Personenkreis meint Schellhorn hier eigentlich? Dass auf der gleichen Zeitungsseite der Bericht über die amazon-Verfehlungen steht, mag ein pikantes Detail sein. Die Klientel Schellhorns fördert sein Unterfangen mit hunderttausenden Euros über Jahre hinweg im Voraus. Dieses Geld ist zuvor den Arbeitnehmern abgepresst worden. Sie müssen mit Mindestlöhnen auskommen, sodass sie kaum ihre Existenz bestreiten können. Und selbst die Minimallohne werden unter Umständen noch einbehalten und können nur mit Hilfe der AK für die Arbeitnehmer gerettet werden. Jener AK, die Schellhorn für im 21. Jahrhundert als überholt erklärt. Ein neuer Geldvermehrter für Profiteure ist auferstanden! Agenda Österreich – das scheint gegen

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die ÖSK-Informationen "Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

116/13

Einsenden an:
Österreichisches Solidaritätskomitee, Stifftgasse 8,
1070 Wien, oesolkom@gmx.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur
Unterstützung der arbeitenden Menschen"
Stifftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift
„Solidarität unsere Chance“ ist zu 100 % das „Öster-
reichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstüt-
zung der arbeitenden Menschen“, Stifftgasse 8, 1070
Wien.

Vorstand: W. Leisch, P. Düringer, H. Schmitz.

Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift
ist die des obgenannten Vereins.

Sparpaket & Hypo-Alpe-Adria

Das in den letzten Wochen viel zitierte „Riesen-Budgetloch“ kommt nicht daher, dass zu viel Geld für Bildung, Gesundheit oder Pensionen ausgegeben wird und wir uns das nicht leisten könnten, sondern vor allem daher, dass die Investoren/Spekulanten bei den Banken Kommunalkredit, Volksbank und v.a. Hypo-Alpe-Adria aus Steuergeldern befriedigt werden sollen.

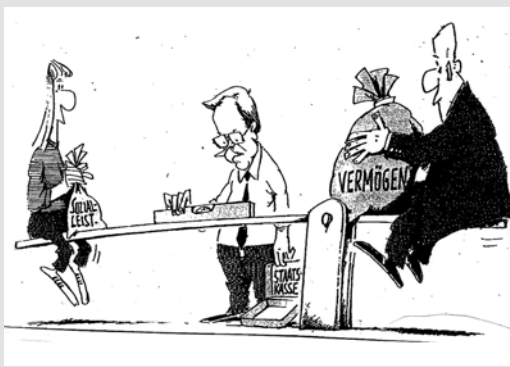
Würde man die „Hypo“ pleite gehen lassen, statt ihr die sonst von 2014 – 2018 aus unseren Steuergeldern benötigten weiteren 13,5 Milliarden Euro(!) zu „geben“, damit die Bank die Anleihen an ihre Gläubiger auszahlen kann, dann würden die großen Investoren/Spekulanten danach einen gewissen Teil ihres Investments verlieren. Sie haben ja auch schon viel verdient. Der Staat Österreich, also der Steuerzahler, müsste laut Prof. R. Rebhuhn (Presse 29.11.13) und der Finanzprokuratur (Presse 30.11.13) aber keineswegs für die Pleite einspringen, wie vor allem von der ÖVP,

von Ex-Nationalbankchef und jetzigen Hypo-Aufsichtsratschef Klaus Liebscher (Wirtschaftsblatt 10.12.13), aber auch von Nationalbankpräsident SP-Novotny immer wieder behauptet wird, weil sonst Österreich Schaden nähme – meinen tun sie alle die Gläubiger, also die Privatanleger, also Spekulanten, die so geschützt werden sollen. Selbst Novotny muss zugeben, dass eine Hypo-Pleite „kaufmännisch die billigste Lösung“ wäre (Kronenzeitung, 14.12.13). Die Finanzprokuratur sagt auch, dass eine Insolvenz für die Republik (den Steuerzahler) jedenfalls wesentlich billiger wäre als andere

Szenarien, das heißt billiger wäre als den Investoren weitere 13,5 Milliarden Euro in den Rachen zu werfen. Im übrigen sind die Gläubiger zu 70% ausländische Pensionsfonds! (Kurier, 30.11.13) Letzte Meldung: Laut internem Bericht der Nationalbank erzeugt allein die HypoAlpeAdria einen volkswirtschaftlichen Schaden von bis zu 26 Milliarden Euro. Eine Insolvenz würde allein Raiffeisen mit 6 bis 8 Milliarden Euro belasten. (profil online, kurier und diepresse 18.12.2013)

Deshalb darf die Hypo-Alpe-Adria nicht Pleite gehen und „muss“ auf Steuerzahlerkosten aufgefangen werden. Deshalb lies der ehemalige Finanzminister Pröll die Hypo-Alpe-Adria nicht Pleite gehen. Ist er deshalb jetzt in führender Position bei Raiffeisen tätig?

Es geht also wieder darum: Steuer-Milliarden für die Investoren/Spekulanten oder für die Bevölkerung! Die neue Regierung hat sich bereits für erstere und gegen die eigene Bevölkerung entschieden.



Drohnen und Kampfroboter



Derzeit wird auf verschiedenen Ebenen und in diversen Medien der Einsatz von Drohnen heiß diskutiert und ein Verbot gefordert.

Hatten die USA vor dem 11. 9. 2001 etwa 200 Drohnen, gibt es mittlerweile bereits 7.000. Im letzten Jahr bildete die US-Air-Force sogar mehr Drohnenpiloten als klassische Jagd- oder Kampfflieger aus. Der „Drohnenpilot“ sitzt zwar ohne Helm und Fallschirm tausende Kilometer weit weg von seinem Ziel vor einem Computer, aber es trifft in so einem Fall, quasi in „Heimarbeit“, immer noch ein Mensch die Entscheidung ob und auf welches Ziel geschossen wird. Zwischen 2004 und 2013 flogen die USA allein im Grenzgebiet Pakistans zu Afghanistan insgesamt 362 Drohnenangriffe. Mehr als 2.600 Menschen sollen dabei ums Leben gekommen sein.

Die Motoren für diesen Krieg, für diese Kampfdrohnen („Predator“) stammen von der Firma Rotax in Gunkirchen bei Wels. Die Drohnen-Motoren, für Ultra- und Leichtflugzeuge gebaut, finden nicht nur in amerikanischen, sondern auch in israelischen und französischen Drohnen Verwendung. Die Firma Rotax verkauft ihre Motoren über Dritte. Daher sieht sie keinen Handlungsbedarf bezüglich Ausfuhrbeschränkung im Sinne des Kriegsmaterialgesetzes. Für Rotax ist das Drohnen-Geschäft eine vernachlässigbare Größe, da es bloß 1% des Firmenumsatzes ausmacht. Nun, nach Bekanntwerden der Zusammenhänge ist es im Sinne der österreichischen Neutralität an der Zeit, diesem Handel einen Riegel seitens des österreichischen Staates vorzuschieben. Weiters dabei ist Österreich mit der in Wiener Neustadt angesiedelten Firma Schiebel Elektronische Geräte GmbH („Camcopter“), sowie mit dem Drohnenhersteller Diamond Aircraft

Ein weiterer Punkt sind Kampfroboter. Der Mensch stellt im totalen Krieg der Gegenwart und Zukunft eine Schwachstelle dar. Nun wird intensiv daran gearbeitet, diese zu beseitigen. Jetzt wurde durch die International Human Rights Clinic (IHRC) bekannt, dass bereits einige Länder – voran die USA, aber auch Deutschland, Großbritannien, Russland China, Israel, Südkorea, – an vollautomatischen Kampfrobotern a la „Terminator 3“ forschen. Samsung Techwin entwickelt in Südkorea mit staatlicher Förderung schon einen Wachroboter zur Objektsicherung. Die südkoreanische Armee testete den ferngesteuerten Roboter, der u.a. mit Wärme- und Bewegungssensoren für die Personenidentifikation, einer Spracherkennung und Schnellfeuerwaffe ausgerüstet ist, dem IT-Portal „Golem“ zufolge bereits 2010 für den Einsatz an der Grenze zu Nordkorea.

Wir wollen eine Welt, in der Konflikte friedlich und nicht mit Gewalt gelöst werden!

Arbeitszeitdebatte:

8 Stunden Erwerbsarbeit am Tag sind genug - 2 Stunden am Tag sind ohne weiteres möglich.

Wahlkampf war und da wurden nicht nur alle unmöglichen Ideen geboren. Off wird zu dieser Zeit etwas propagiert, was dann auch wirklich umgesetzt werden soll. So ist es auch bei der von der ÖVP losgetretenen 12-Stunden-Tag-Debatte.

Um „die Wirtschaft zu entfesseln“, wie es Spindelegger ausdrückte. Jetzt ist tatsächlich dazu ein neues Gesetz in Planung, nachdem täglich bis zu 12 Stunden Arbeit zulässig gemacht werden sollen, wenn im Gegenzug dafür längere Freizeitblöcke gibt. Das heißt dann also Arbeit auf Abruf ohne Überstundenzuschläge. Doch des einen Entfesselung, sind des anderen Fessel. Immer mehr, immer schneller, zu immer weniger Geld, sollen wir arbeiten. Ganz abgesehen davon, dass 12 Stunden arbeiten am Tag unzumutbar sind. Das einzige was die windelweichen Sozialdemokraten und Gewerkschafter an der Debatte aufregt ist, dass Herr Spindelegger nicht sagt, wie flexibel die österreichischen Arbeiter und Angestellten heute

schon sind, beklagten SP-Kanzler Faymann, ÖGB-Boss Foglar und Sozialminister Hundstorfer in trauriger Einheit. Tatsächlich wechseln rund eine Million ÖsterreicherInnen, also ca. ein Viertel aller Beschäftigten, einmal jährlich die Arbeit, 800.000 sind mindestens einmal jährlich von Arbeitslosigkeit betroffen, wobei das Arbeitslosengeld unter dem OECD-Schnitt liegt. Und die ÖsterreicherInnen arbeiten im EU-Durchschnitt besonders lange und machen im Jahr in Summe an die 300 Millionen Überstunden, davon sind laut WIFO 68 Millionen schon jetzt unbezahlt. Durch die noch unter ÖGB-Boss Hundstorfer und SPÖVP-Regierung Gusenbauer/Molterer umgesetzte Arbeitszeitflexibilisierung, gingen weitere Überstundenbezahlungen durch Verlängerung von Durchrechnungszeiträumen verloren. Durch eine 12-Stunden-Tag-Regelung würden die Arbeitenden an die zwei Milliarden Euro im Jahr verlieren, die direkt in die Taschen der Unternehmer wandern würden. Den Begehr-

lichkeiten der Unternehmer und ihrer Parteien, diesen neuerlichen Lohnraub, kann nicht durch den Hinweis darauf, dass die Menschen in Österreich eh schon so flexibel arbeiten Einhalt geboten werden, sondern nur durch scharfe Ablehnung, durch eine massive Arbeitszeitverkürzung ohne Lohn- oder Gehaltskürzung. Die Gewinne und die Wertschöpfung der Unternehmen durch die Arbeit der Masse der Beschäftigten spricht dafür (siehe Beitrag an anderer Stelle). Und: Je mehr Menschen in Überstunden gezwungen werden, die ihnen jetzt auch noch durch eine auf 12-Stunden verlängerte Normal-Tagesarbeitszeit geraubt werden sollen, werden Löhne und Gehälter nur noch weiter gekürzt und das Heer der Arbeitslosen auf der anderen Seite noch größer. Während die Gewinne der Unternehmen steigen und steigen (siehe Artikel an anderer Stelle), steigen gleichzeitig die Kosten des Staates für die Folgen der Arbeitslosigkeit – jährlich sind das direkt und indirekt rund 2,5 Milliarden Euro.

Kündigungen bei Lenzing:

Fassungslosigkeit und „massive Wut“

Massive Wut herrsche unter der Belegschaft, so Betriebsratsvorsitzender Baldinger, nachdem Mitte November vom Vorstandsvorsitzenden, Peter Unterberger, völlig überraschend angekündigt wurde, dass trotz guter Umsätze bis zu 900 Beschäftigte, davon 700 am Standort (= 1/4 der Belegschaft vor Ort) ihren Arbeitsplatz verlieren werden. Dies, so der Betriebsrat in einem offenen Brief: „Obwohl noch vor fünf Wochen öffentlich erklärt wurde, dass nach den Einsparungsmaßnahmen 97% der Arbeitsplätze sicher wären (Vorstandsvorsitzender Dr. Peter Untersperger bei einer Vorstandsinformation am 8.10. d.J., vor über 1000 MitarbeiterInnen) ... Diese - von einer in diesem Fall offensichtlich chaotisch arbeitenden Beraterfirma - vorgeschlagenen Zahlen sind völlig überzogen. Damit wird nicht nur der Standort Lenzing, sondern die gesamte Lenzing Gruppe in ihrem Bestand gefährdet. ... Durch die

zeitliche Überschneidung der Organisationsänderung mit den Einsparungsvorhaben ist ein völliger Stillstand zu befürchten. Wir sind davon überzeugt, dass dieser menschenverachtende Wahnsinn das Ende von Lenzing bedeuten kann. ... werden wir mit allen möglichen Maßnahmen, mit der Belegschaft inkl. der Gewerkschaften, dagegen ankämpfen! Es kann nicht sein, dass ein über Jahrzehnte erfolgreiches, führendes globales Unternehmen zerstört wird!“

Der Grund sind weder rote Zahlen noch eine drohende Pleite dieses Leitbetriebes: Die Lenzing AG hat kein Auslastungsproblem, sondern will nur die Gewinne hochhalten, so OÖ-AK-Präsident Kalliauer. Tatsächlich hatte die Lenzing AG 2012 einen Umsatz von 2,1 Mrd. Euro und einen Gewinn von 181 Mio. Euro. 2013 wird ein Umsatz von 1,9 Mrd. Euro erwartet. Die Firmenbegrün-

dung für den geplanten Kahlschlag: Das Unternehmen habe „Speck angesetzt“. Tatsächlich jedoch hat sich Vorstandsvorsitzender Untersperger 2011 selbst 2,7 Mio. Euro (!) Jahreseinkommen zugestanden und wurden 2012 rund 800 Mio. Euro an Dividenden an die Aktionäre ausbezahlt, das ist ca. die Hälfte der Personalkosten für die 900 Beschäftigten, die gekündigt werden sollen.



Die Maden im Speck werden wohl nie genug bekommen, wenn ihnen nicht das Handwerk gelegt wird. Die Arbeit vieler darf nicht zum Privateigentum einiger weniger verkommen.

Zum neuen Außenminister: Kurz-Neutralität?

In seinen ersten Stellungnahmen hat Neo-Außenminister Kurz festgestellt; „Ja, die Neutralität ist Teil der österreichischen Seele. Das tut unserer Positionierung gut: wir sind keine Supermacht, wir sind ein Land, das auch in Nischen gehen kann, da ist die Neutralität ein Vorteil.“ Welche Nischen, fragt der Kurier: „In der EU einen jungen Blickwinkel einzubringen ... die kann für die Jungen nicht nur ein Friedensprojekt sein. Ziel ist, das die EU international wettbewerbsfähig bleibt ...“ (Kurier, 18.12.13).

Neutralität also nur mehr als Nischenprodukt? EU, nicht mehr nur als Friedensprojekt? Schaut man sich das Regierungsprogramm an, so weiß man warum: Österreichs Neutralität soll der EU-Verteidigungs- sprich: Kriegspolitik (siehe auch Artikel an anderer Stelle) untergeordnet werden.

EU-USA-Freihandelsabkommen (TTIP): Verkauft nicht unsere Zukunft!

Das geplante Freihandels-Abkommen TTIP zwischen der EU und den USA dient den Interessen der Konzerne und nicht uns Bürger/innen.

93 Prozent der Treffen finden mit Konzernen statt. Die Finanzlobbys wollen Regulierungen aushebeln. Durchgesickerte Papiere zeigen, dass die Unterhändler die größten Wünsche der Konzerne erfüllen wollen: Gechlorte Hühner, Hormonfleisch, Fracking, Gentechnik, laxer Datenschutz und eine privatisierte Wasserversorgung sollen in Europa einziehen. Auf demokratischem Weg wäre das nie möglich. Nun soll es ein Vertrag richten, der unter Ausschluss der Öffentlichkeit ausgehandelt wird.

www.campact.de/TTIP-Aktion

LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN!

Wir danken für die Zusendungen und Einzahlungen, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch weiterhin benötigen: Auftreten gegen Wirtschaftskrise, Demokratie- und Sozialabbau, Militarisierung und Krieg. Danke! Wir finanzieren unsere ehrenamtliche Tätigkeit ausschließlich aus Einzahlungen unserer AktivistInnen und LeserInnen. Das garantiert unsere Unabhängigkeit. Nur gemeinsam schaffen wir eine bessere Zukunft

Wir wünschen allen unseren Leserinnen und Lesern schöne Feiertage und alles Gute für 2014!

Österreichische Post AG Info.Mail Entgelt bezahlt
Abs. Österr. Solidaritätskomitee. Stiftgasse 8, 1070 Wien

LESERBRIEF



Liebe Kollegen!

Wenn der Vizkanzler und ÖVP-Obmann Spindelegger von Entfesselung der Wirtschaft spricht, ist das eine gefährliche Drohung für alle unselbständigen Erwerbstätigen in diesem Land. Doch die meisten bemerken dies erst gar nicht, da sie durch die gleichgeschalteten Mainstream-Medien desorientiert sind. Auch bei der Forderung nach dem Absenken der Lohnnebenkosten ist den wenigsten bewusst, dass es sich hier um Sozialabgaben handelt und eine Reduzierung dieser für die Wirtschaft einer Mehrbelastung für die Lohnempfänger gleichkommt.

Leider führt unsere Bildungspolitik auch dazu, dass es vielen am nötigen Überblick und Mangel an alternativen Informationen fehlt. Ich habe auch den Eindruck, dass diese Bildungsbremse von den Mächtigen gewollt ist, sie wollen Bildung nur jenen zukommen lassen, die sich eine solche auch leisten können und von denen sie eine Anpassung an das herrschende System erwarten können. Daher Ausschluss der Proletenkinder von Bildung. Dabei übersehen sie jedoch, dass die Revolutinäre der Geschichte meist aus gutem Hause entstammten.

„Divide e Impere“ ist ein altbekanntes Mittel der Entsolidarisierung und Verhinderung von Solidargesellschaften. Leider gelingt es den Eliten immer wieder die Masse zu verführen und gegeneinander aufzuwiegeln. Immer wieder stehen ihnen Feindbilder zur Verfügung; im engeren Bereich sind dies mal die Lehrer, Eisenbahner oder die Pensionisten, im weiteren die Asylanten, Zuwanderer oder generell die Islamisten die an allem Schuld tragen, während für Korruptierende, wie auch für Korruptierte generell die Unschuldsvermutung zu gelten scheint.

Die Überbelastung der Einen führt zur Beschäftigungslosigkeit der Anderen, beide Gruppen sind mit sich selbst so beschäftigt, dass sie keine Zeit für das Hinterfragen von politischen Vorgängen mehr haben. Genau das ist das Ziel der Mächtigen und dagegen müssen wir alle solidarisch zusammenwirken um eine Wende herbeizuführen.

Mit kollegialen Grüßen, E.Q., Wien

Spenden-Einzahlungen

Entweder per beigelegten Zahlschein oder per Überweisung auf unser Konto wie folgt:

EmpfängerIn: W. Leisch,

Verwendungszweck: ÖSK, Spende,
Konto-Nr.: 00079-348-267, **BLZ:** 60000

oder: **BIC:** OPSKATWW,
IBAN: AT986000000079348267

Mit solidarischen Grüßen, Österr. Solidaritätskomitee

oesolkom@gmx.at <http://proSV.akis.at>